Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten (abends und morgens), an Sonn- und Montagen nur einmal) 4 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38/40.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 30 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 50 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 50 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Uhren und Goldwaren
anerkannt beste Bezugsquelle
Gustav Smy, Moritzstr. 10, Ecke König Johann-Strasse.

Glaswaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn, Königl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle A. I. 6081.

Kronleuchter
Lampen
für Gas, Petroleum und Kerzen.
G. Devantier, Prager Strasse 11.

Säuglings-Milchzucker
chemisch reinstes Produkt
in Kartons à 1 M., 60 Pf., 40 Pf. u. ausgewogen. Billigster Versand.
Marien-Apotheke, Dresden, Altmarkt 10 Kreuzkirchen-Ecke.

Regenschirme in grösster Auswahl empfiehlt **C. A. Petschke, Wilsdruffer Strasse 17,** Prager Strasse 47 Amalienstrasse 6.

Nr. 255. Spiegel: Reichsfinanzreform. Handelskammer, Städt. Untersuchungsamt, Gerichtsverhandl. Kriminalisten, Fall Gaedke, Ungar. Ministerkrise. Ein Busch-Jubiläum. Lotterieliste. | Mutmaßl. Witterung: Warm, bedeckt. | **Donnerstag, 14. September 1905.**

Aufgabe und Grundlage der Reichsfinanzreform.

Unter den gesetzgeberischen Vorlagen, mit denen sich der Reichstag nach seinem Wiederzusammentritt, und zwar voraussichtlich im ersten Stadium des kommenden Tagungsabschnittes, zu beschäftigen haben wird, nimmt wegen ihrer Dringlichkeit und allgemeinen Bedeutung die Vorlage betreffend die Sanierung der Reichsfinanzen weitaus die erste Stelle ein. Es ist eine leider nicht wegzuleugnende Tatsache, daß im Reichshaushalte, wohin man auch blickt, Mängel und Lücken, klaffende Lücken bestehen und daß in den letzten Jahren die Schuldenwirtschaft, um das Kind beim rechten Namen zu nennen, einen Umfang angenommen hat, der, wird nicht bald Abhilfe, und zwar durchgreifende Abhilfe geschafft, das Reich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in politischer Hinsicht einer Katastrophe entgegenführen müßte. Auf der einen Seite sind die dringendsten Ausgaben, die für die Sicherheit des Reiches, in einer Weise gestiegen, daß zu ihrer Deckung die vorhandenen Einnahmen, sollen nicht andere Ressorts geschädigt werden, entfernt nicht mehr ausreichen und zum großen Teile im Wege der Anleihe bestritten werden müssen. Gleichzeitig sind die aus dem Reichsinvalidenfonds zu befriedigenden Anforderungen in sehr erheblichem Umfange gestiegen, so daß der Zeitpunkt, wo dieser aus Mitteln der französischen Kriegsentschädigung gebildete Fonds aufgezehrt und die bisher aus ihm geleisteten Zahlungen in Höhe von 40 bis 50 Millionen jährlich voll aus den eigenen Einnahmen des Reiches zu decken sein werden, in bedrohliche Nähe gerückt ist. Jedenfalls ist nicht daran zu denken, daß der Reichsinvalidenfonds auch nur solange ausreicht, bis auf eine im natürlichen Wege eintretende Abnahme der aus ihm zu bestreitenden Veteranenbeihilfen zu rechnen ist. Auf der anderen Seite ist naturgemäß eine wachsende Schuldenlast die notwendige Folge gewesen. Und zwar unmittelbar, indem die Reichsschuld, die vor einem Menschenalter kaum nennenswert war, den Betrag von 3 Milliarden Mark überschritten hat, was für den laufenden Etat eine Zinsenlast von über 113 Millionen Mark jährlich ausmacht; mittelbar, indem bedeutende Teile des Mehrbedarfes im Reiche auf die zu Matrikularbeiträgen verpflichteten Einzelstaaten abgewälzt wurden, die ihrerseits, da in den letzten Jahren regelmäßig die Ueberweisungen stark hinter den Anforderungen zurückblieben und immer größere Differenzen zu ungunsten der Finanzlage der einzelnen Bundesstaaten sich herausstellten, sich gezwungen sahen, durch Inanspruchnahme ihres Kredits die erforderlichen Summen zu beschaffen oder, was im Endergebnis auf dasselbe hinausläuft, sie sich stunden zu lassen, also schuldig zu bleiben. Die Besserung, die in dieser Hinsicht die sogen. kleine Reichsfinanzreform des Schatzsekretärs v. Stengel gebracht hat, ist so geringfügig im Vergleich zu den in Rede stehenden Summen, daß die Einzelstaaten sich nicht entlastet fühlen können.

Alle Parteien sind denn auch darin mit den verbündeten Regierungen einer Meinung, daß eine Hilfsaktion, und zwar sofort, ins Werk gesetzt werden muß. Die Frage ist nur: wie soll es geschehen? Wenn seit Monaten bereits, obwohl die zuständigen Stellen noch mit den Vorarbeiten des bezüglichen Gesetzentwurfes beschäftigt waren, positive Meldungen über den angeblichen Inhalt der neuen Finanzvorlage in der Oeffentlichkeit verbreitet wurden, so läßt sich in einer Angelegenheit, die für die ganze Nation das allerdringendste Interesse hat, das Suchen und Fragen wohl verstehen. Nichtsdestoweniger haben alle diese Verlautbarungen und Kombinationen kaum mehr als akademischen Wert. In Wahrheit ist über die Mittel, mit denen Freiherr v. Stengel den schwierigen Finanzfragen zu begegnen suchen will, bisher nichts bekannt geworden, was irgendwie Anspruch auf Authentizität hätte. Es erübrigt sich also, darüber zu streiten, ob das Bier oder der Tabak wird bluten müssen, ob eine Reichserbschaftssteuer tatsächlich kommen wird, ob eine Wehrsteuer beabsichtigt ist oder nicht, und was dergleichen Kombinationen mehr sind.

An zwei Tatsachen ist jedenfalls festzuhalten: Soll eine wirkliche und dauernde Besserung der finanziellen Verhältnisse im Reiche erzielt werden, so wird es sich bei den geplanten gesetzgeberischen Maßnahmen nicht um eine Neuerung handeln dürfen, die nur vorübergehend Abhilfe schafft oder gar nur der Deckung der gegenwärtigen Bedürfnisse Rechnung trägt. Es wird vielmehr an Haupt und Gliedern reformiert werden müssen, und die unter dem Gesichtspunkte einer vorausschauenden Finanzpolitik benötigte Summe wird mit 100 Millionen Mark jährlich nicht zu hoch veranschlagt sein. Zwar darf man gewiß mit einem erklecklichen Mehrertrag aus den Zöllen auf Grund des neuen Zolltarifs rechnen, aber dieser Mehrertrag dürfte in seinem wesentlichen Teile durch Ansammlung eines Fonds für die im neuen Zolltarifgesetz festgelegte Arbeiter-Witwen- und Waisen-Versicherung aufgezehrt werden. Ferner erscheint es so gut wie sicher, daß für den Ausbau der Flotte sehr beträchtliche Ausgaben beansprucht werden müssen. Die Geschichte des japanisch-russischen Seekrieges hat mit erschreckender Deutlichkeit gelehrt, wohin eine Nation gerät und welcher Eventualitäten sie sich aussetzt, die nicht mit jedem Faktor ihrer Wehrmacht auf der Höhe steht. Und eine Reihe von Vorkommnissen aus allerjüngster Zeit und in allernächster Nähe unserer Grenzen und unserer wichtigsten Zufahrtsstraßen, Vorkommnisse, deren Eindruck durch die kameradschaftlichen Kundgebungen deutscher und englischer Seeleute in den Hintergrund gedrängt sein mag, die aber jedem deutschen Patrioten unvergessen bleiben werden, haben uns darüber belehrt, was unser, sei es in Europa, sei es im Welthandel und auf überseeischen Plätzen, wartet, wenn wir nicht auch zur See respektgebührend dastehen. Ein drittes Moment, das notwendig eine Ausgabenvermehrung zur Folge haben muß, ist die immer dringender werdende Aufgabe der Schuldentilgung. Gewiß erfreut sich das Deutsche Reich im Vergleich zu anderen Staaten noch einer einigermaßen günstigen Lage hinsichtlich der Anleiheschuld. Großbritannien, Frankreich, nach den jüngsten Ereignissen besonders auch Rußland, haben bedeutend höhere Schuldenlast zu tragen als das Deutsche Reich. Man darf aber nicht außer acht lassen, daß auch die einzelnen deutschen Bundesstaaten sehr erhebliche, hoch in die Milliarden gehende Schulden kontrahiert haben, und nicht überall sieht, wie in Preußen, hinter dieser Verpflichtung ein positiver Besitz an Eisenbahnen, Domänen, Bergwerken usw., der diese Verpflichtungen deckt. Wenn man schon unter Hinweis auf die fortdauernd steigenden Matrikularlasten das Gespenst der Reichsverdrossenheit an die Wand gemalt hat, so kann dieses Gespenst eine sehr leibhaftige Gestalt annehmen, wenn einmal den Einzelstaaten die ihnen aufgebürdete Schuldenlast zu groß werden sollte. Da sollte es als eine unabweisbare Aufgabe der nächsten Zukunft angesehen werden, das Uebel mit der Wurzel auszurotten und an der kranken Stelle des Reichskörpers ein gesundes Stück einzufügen. Nicht nur sollte die kommende Reichsfinanzpolitik verhindern, daß die Einzelstaaten sich veranlaßt sehen, neue Anleihen aufzunehmen, um dem Bedürfnis des Reiches zu genügen, sondern sie sollte auch mit der ungesäumten Tilgung der Reichsschuld eine allmähliche Sanierung der einzelstaatlichen Finanzen Hand in Hand gehen lassen und so im Verein mit einer erträglichen Gestaltung der Matrikularlasten ein finanzielles Verhältnis zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten schaffen, das die Möglichkeit einer Reichsverdrossenheit ein für allemal ausschließt und im Gegenteil der politischen Einheit eine solidere, auch von dem einfachen Manne verstandene und empfundene Basis gibt. Erwägt man endlich noch, daß niemand voraussehen kann, welche Ausgaben für das Heer in der nächsten Zukunft sich als unbedingt notwendig herausstellen werden, welche Erhöhung der Reichsmittel etwa die einheitliche Gestaltung der Arbeiterversicherung bewirken wird, so kommt man zu einer ungefähren Vorstellung dessen, was die Finanzreform zu leisten haben wird.

Die andere Tatsache, an der man nicht vorbei konnte, ist die Notwendigkeit, auch diesmal wieder, um die höheren Einnahmen zu beschaffen, auf die Gegenstände des allgemeinen Verbrauches zurückzugreifen. Von den ventilierten direkten Reichssteuern hätte nur die Reichserbschaftssteuer Aussicht auf Verwirklichung gehabt, wenn nicht die Finanzminister der Einzelstaaten, an ihrer Spitze der preußische Finanzminister Freiherr von Rheinbaben, erklärt hätten, daß sie den Ausfall nicht verantworten könnten, der für ihr Budget entstände, wenn ihnen die zwar nicht allzu ergiebige, dafür aber sicher und erfreulicherweise von Jahr zu Jahr stärker fließende Quelle der Erbschaftssteuer genommen würde. Und allein hätte eine Reichserbschaftssteuer den notwendigen Mehrertrag nicht einbringen können, selbst wenn man sogar die nächsten Verwandten herangezogen hätte und dabei bis an die Höchstgrenze gegangen wäre. Schließlich spricht auch die Erwägung mit, daß den Einzelstaaten für den äußersten Notfall wenigstens eine sichere finanzielle Zuflucht verbleiben muß, wenn die Reichshilfe nicht kommen oder versagen sollte, ganz abgesehen von dem prinzipiellen Grunde, der gegen eine Reichserbschaftssteuer spricht, daß damit ein verhängnisvoller erster Schritt auf der Bahn des Einbruchs vom Reiche her in das direkte Steuerprivileg der Einzelstaaten getan würde. Wohl oder übel wird also auch diesmal wieder die Finanzaktion in der Hauptsache auf dasselbe Ziel hinauslaufen müssen: nicht eine, nämlich die wohlhabende Klasse, wird die Kosten der nächsten politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Reiches zu tragen haben, sondern die Allgemeinheit wird mit tatsächlichen Leistungen dafür einstehen müssen, daß diejenigen Faktoren, die den Bestand des Reiches nach außen hin und im Innern allen Gesellschafts- und Berufsklassen eine gute, den Angehörigen anderer Nationen mindestens ebenbürtige Existenz sichern, erhalten und gestärkt werden

Neueste Drahtmeldungen vom 13. Septbr.

Erdbeben.

Catanzaro. Der König fuhr heute morgen in Begleitung des Ministers der öffentlichen Arbeiten Ferrari und der Generaladjutanten Rolatti und Di Majo nach Portia, Girifalco, Jacurso, Maida und Vena. Der König hielt an den am schwersten betroffenen Plätzen an, zog bei den Behörden Erkundigungen über den angerichteten Schaden ein und ermutigte und lobte die Truppen bei ihren Hilfsarbeiten. Die Stadt Catanzaro durchfuhr der König unter lebhaftem Beifall. Heute nachmittag wird der König die Behörden von Catanzaro in der Präfektur empfangen und heute abend nach Cosenza abreisen.

London. Wie die Abendblätter aus Lahore (Indien) melden, wurde dort durch einen gewaltigen Wolkenbruch erheblicher Schaden an Gebäuden angerichtet. Eine fast gleiche Verwüstung wurde durch ein neues Erdbeben verursacht. Viele Häuser sind zerstört und Hunderte von Menschen obdachlos.

Die Cholera-Gefahr.

Berlin. (Priv.-Tel.) Vom 12. bis 13. September mittags sind 15 Erkrankungen und 4 Todesfälle an asiatischer Cholera in Preußen neu zur Anmeldung gekommen. Von den Erkrankungen entfallen je eine auf die Kreise Flatow, Stuhm, Obornik, Czarnikau, Wirsitz und Bromberg, drei auf Marienwerder, vier auf Graudenz und zwei auf Schubin. Zwei am 9. und 10. September aus Pogegen (Kreis Tilsit Land) und aus Weißenhöhe (Kreis Wirsitz) gemeldete Erkrankungsfälle haben sich als Cholera nicht bestätigt. Die Gesamtzahl der Erkrankungen beträgt 179, die der Todesfälle 65.

Hamburg. Amtlich wird mitgeteilt, daß weitere Erkrankungen an Cholera nicht vorgekommen sind. Da die zuletzt an Cholera erkrankten Personen schon am 4. September in das Krankenhaus gebracht wurden, sind nunmehr 9 Tage ohne weitere Erkrankungsfälle verflossen.

Schwerin (Mecklenburg). Ueber choleraverdächtige Erkrankungen in Dömitz (Mecklenburg) wird von zuständiger Seite mitgeteilt: Am Nachmittag des 11. September ging die Meldung ein, daß in Dömitz eine Arbeitersfrau unter choleraverdächtigen Erscheinungen gestorben sei. Da die vorläufige bakteriologische Untersuchung der Leiche diesen Verdacht bestätigte, begaben sich am 12. September im Auftrage des großherzoglichen Medizinalministeriums Ministerialrat Kundt und Professor Dr. Pfeiffer-Rostock nach Dömitz, um unter Hinzuziehung des Kreisphysikus die nach den dortigen Verhältnissen nötigen Anordnungen zu treffen. Dabei ergab sich, daß noch ein an der Elbe beschäftigter Stackarbeiter unter choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankt war. Für beide Fälle wird das Ergebnis der noch nicht abgeschlossenen bakteriologischen Untersuchung endgültig feststellen, ob wirklich asiatische Cholera vorliegt. Für alle Fälle sind die nötigen Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Zur Lage in Rußland.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Der Zar hat dem Prinzen Louis Napoleon zum Generalgouverneur des Kaukasus ernannt. Der Prinz begibt sich sofort nach Baku, um die Ruhe wieder herzustellen. Die Lage im Kaukasus soll sich noch verschlimmert haben. Die revolutionären Propagandisten erließen eine Proklamation, in welcher sie drohen, alle Fabriken, welche die Arbeit ohne Erlaubnis der Sozialisten wieder aufnehmen, niederzubrennen.

Warschau. Wie der „Kuryer Waszawski" meldet, wurden in der Sternwarte der Sonnowa-Straße große Waffenlager entdeckt. Mehrere Personen sind verhaftet worden. Es handelt sich vermutlich um eine ganze Organisation.

London. (Priv.-Tel.) Aus Odessa wird gemeldet, daß die russischen Behörden ein gefährliches revolutionäres Komplott in Kiew entdeckten. Die Verschwörung hatte bereits einen großen Umfang angenommen. Unter anderem hatten die Verschwörer angeblich beschlossen, sämtliche Offiziere in Odessa und Kiew zu ermorden. Die Polizei untersucht eifrig die Angelegenheit und hofft, andere Tatsachen ans Licht zu bringen.

Coblenz. Das 8. Armeekorps rückte gestern mit der 41. Division und der Kavalleriedivision A auf der rechten Rheinfeste gegen Südosten vor und ging nachts mit der 15. und 16. Division bei Boppard und St. Goar über den Rhein. Diese Divisionen rückten gegen Osten vor. Das 18. Korps war gestern nordwestlich bis Castatten vorgegangen. In der Nähe von Castätten kam es heute zu heftigem Kampfe. Das blaue Korps griff an, wurde vom roten zurückgedrängt, konnte jedoch zuletzt wieder vorgehen. Der Kaiser, der Coblenz morgens um 3 Uhr im Automobil verlassen hatte, beobachtete den Uebergang der 15. Division über den Rhein bei Boppard, stieg bei Vogel unweit Castätten zu Pferde und wohnte dem Gefechte bei. Dem Manöver wohnten ferner bei die Kaiserin, die vorher der Einweihung des Wilhelmsheims in Castätten beigewohnt hatte, der Kronprinz, sowie die Prinzessin Adolf von Schaumburg und Friedrich Karl von Hessen und die übrigen Fürstlichkeiten. Das Wetter ist schön.

Ems. Der Kaiser, der Kronprinz, sowie die Prinzen Heinrich, Eitel Friedrich und Adalbert sind heute um 2 Uhr im Automobil aus dem Manövergelände hier eingetroffen und langsam durch den Kurhof gefahren, wo sie von dem Badekommissar Oberst v. Dresky und einer jubelnden Menge begrüßt wurden. Hierauf fuhren die Herrschaften nach Koblenz weiter.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Newyorker Korrespondent des „Lokalanz." hält seine Mitteilung über ein Schreiben des Präsidenten Roosevelt, das dieser in der Frage des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages an den deutschen Botschafter Speck v. Sternburg gerichtet hat, aufrecht. Die kaiserliche Regierung habe der Bundesregierung zwar noch keine bestimmten Vorschläge für den Abschluß eines Handelsvertrages gemacht, nichtsdestoweniger dürfte in Berlin nicht minder als in Washington bekannt sein, daß Freiherr Speck v. Sternburg die Bundesregierung seit Monaten in dieser Frage sondierte und dem Präsidenten Roosevelt Deutschlands Standpunkt sogar schriftlich vorlegte. Daß dies geschehen sei, werde unumstößlich durch die Tatsache bewiesen, daß das Schreiben Roosevelts einen Satz aus Sternburgs schriftlichen Vorschlägen wörtlich zitiere. Der Präsident möchte sich, ohne amerikanische Interessen zu opfern, in der Vertragsfrage Deutschland will-

Pfunds sterilisierte (homogene) **Kindermilch** Trockenfütterung
Dresdner Molkerei **Gebr. Pfund,** Bautzner Str. 79/81